

Vorschlag zur Einbindung der Zivilgesellschaft

“Strukturwandel als Gemeinschaftswerk erfolgreich machen”

Ausgangspunkt

„Ein noch festzulegender Anteil der Mittel sollte nicht auf den „wirtschaftlichen“ Strukturwandel beschränkt sein, sondern dafür verwendet werden, um zivilgesellschaftliche Aktivitäten, Lebensqualität und weiche Standortfaktoren zu stärken und weiterzuentwickeln.“
(Endbericht, Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung)

Einrichtung eines Förderprogramms auf Bundesebene „Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und soziales Unternehmertum“

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag empfiehlt auf Bundesebene die Einrichtung eines gesonderten Förderprogramms „Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und soziales Unternehmertum“, um die Strukturwandelprozesse in den Braunkohleregionen zu stärken.

Dieses Förderprogramm soll langfristig und auf unbürokratische Weise in den betroffenen Regionen kleinere und mittlere Projekte von zivilgesellschaftlichen Organisationen, bürgerschaftliches Engagement und sozialen Unternehmen (social entrepreneurship) fördern, um den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität zu stärken. Das Programm soll begleitend und unterstützend zu den übrigen Strukturwandelmaßnahmen wirken, auch um förderliche Rahmenbedingungen für Innovationen und regionale Wertschöpfung („weiche Standortfaktoren“) zu schaffen.

Für einen langfristig gelingenden Strukturwandel in den Kohle-Regionen braucht es auch die Mitwirkung und die Akzeptanz der lokalen Bevölkerung und zivilgesellschaftlicher Gruppen (Vereine, Initiativen, etc.).¹ Es ist wichtig, dass der soziale Zusammenhalt gerade in den von Konflikten geprägten Regionen gestärkt wird. Auch dies ist eine wichtige Voraussetzung, um erfolgreich die Rahmenbedingungen für die langfristig tragfähige wirtschaftliche Strukturentwicklung zu schaffen.²

Nur durch die Aktivierung und Unterstützung der Menschen vor Ort kann der Strukturwandel zu einem „Gemeinschaftswerk“ werden, das langfristig erfolgreich ist und auch international Strahlkraft entfaltet.³

¹ s. den Beitrag von Prof. Dr. Ortwin Renn (IASS) auf der Plenumsitzung der Kommission am 18. September 2018

² s. den Beitrag von Pfarrer Burkhard Behr (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz) auf der Revierfahrt Lausitz der Kommission am 11. Oktober 2018

³ s. den Beitrag von Pfarrer Jens Sannig (Superintendent des Kirchenkreises Jülich) auf der Revierfahrt Rheinisches Revier der Kommission am 23. Oktober 2018 sowie den Beitrag von Mario Kilman (Domowina) auf der Revierfahrt Lausitz der Kommission am 11. Oktober 2018.

Die Förderlinie dient vor allem der unbürokratischen Förderung kleinerer Projekte in den Dörfern und Gemeinden und bietet Initiativen, engagierten Bürger*innen und gemeinwohl-orientierten Unternehmen Beratung und Förderung (auch zur Übernahme von Eigenmitteln und Unterstützung von Förderbeantragung). Die geförderten Projekte werden vor Ort entwickelt. Dabei soll ein besonderer Förderschwerpunkt auch auf den Tagebaurand-Kommunen liegen sowie in der Lausitz auf der Förderung der sorbischen/wendischen Sprache und Kultur.

Antragssteller können Einzelpersonen ebenso wie Vereine, (lokale) Initiativen und Vereinigungen, aber auch Kommunen oder Kirchen, Umweltverbände, Stiftungen, Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Unternehmen sein.

Mittelverwendung

Die Mittel sollen sowohl in bereits bestehende Projekte vor Ort gehen können um deren Fortbestand zu sichern als auch neue Projekte und Ideen fördern. Es geht darum, Menschen und Initiativen oder Vereine, die bereits aktiv sind, dieses Engagement auch weiterhin zu ermöglichen und neue Initiativen anzustoßen und zu fördern.

Gefördert wird ein breites Spektrum an Projekten in den Bereichen:

- Stadt- und Dorfentwicklung
- Kunst und Kultur
- Natur- und Umweltschutz
- Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, Umweltbildung und Formen alternativen Wirtschaftens
- Kinder- und Jugendförderung/-beteiligung
- Dialog und Begegnung
- Sport
- Traditionspflege
- Demokratiebildung

Governance

Das Förderprogramm soll an die in jeweiligen Revionen relevanten Steuerungs- und Entscheidungsgremien institutionell angebunden sein. Es wird mit ausreichend qualifiziertem Personal ausgestattet. Die „Beiräte regionale Beteiligung“ (s. u.) beraten die jeweiligen Förderprogramme mit ihrer Expertise und sorgen in den Revieren für die notwendige regionale Verankerung in der Fläche.

Finanzielle Ausstattung

Das Förderprogramm „Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und soziales Unternehmertum“ ist mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung aus Bundesmitteln zu versehen.

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag hält es für angemessen, wenn das zivilgesellschaftliche Bundes-Förderprogramm insgesamt 10 % der Mittel des gesamten Fördervolumens erhält, das durch den Bund zusätzlich im Rahmen der Förderung des Strukturwandels bereitgestellt wird. Dies wird dann auf die Reviere entsprechend der jeweiligen Anteile aufgeteilt.

Fördermittel, die in einem Jahr nicht ausgeschöpft werden, werden auf die nächsten Jahre übertragen und verfallen nicht.

Begründung

- Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag sieht den Bedarf, **dass auch kleinere, dezentrale Projekte systematisch und kontinuierlich (weiter)entwickelt und gefördert** werden, da sie ein wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Strukturentwicklung in den Braunkohleregionen sind.
- Diese Förderung ist auch nötig, um die in den Regionen liegenden Potentiale für die Energiewende zu heben. So kommt eine aktuelle Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums zu dem Ergebnis, dass „durch eine breit angelegte Energiewendestrategie in den Regionen, die auf eine breite Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, der vielen klein – und mittelständischer Unternehmen sowie der Industrie (ruht) auch substantielle Beschäftigungseffekte erzielt werden können, sowohl quantitativ, als auch qualitativ. (IFOK et al, 2018)
- Für die Schaffung von tragfähigen Zukunftsperspektiven sind die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die Schaffung attraktiver Wohn- und Lebensräume in den vom Bergbau geprägten Regionen und Gemeinden zentral. Dies ist ohne das Engagement vieler lokaler Vereine, Initiativen, gemeinwohlorientierter Unternehmen und engagierter Einzelpersonen nicht möglich. Das bestehende Engagement der Zivilgesellschaft und Bürgerschaft weiter zu fördern und zu ermöglichen, gleichermaßen aber auch dafür zu sorgen, dass Potentiale gehoben werden und neue Ideen von unten auch entwickelt und umgesetzt werden, das ist die Aufgabe des Förderprogramms.
- Auch die **vom Bergbau und den Folgen des Bergbaus betroffenen Gemeinden und Bürger/innen** müssen die Möglichkeit haben, sich aktiv in die Entwicklung von Zukunftsperspektiven in ihren Dörfern einzubringen, sowohl in der Entwicklung und Umsetzung von eigenen Projekten als auch im Rahmen von Beteiligungsprozessen. Dies ist für den **sozialen Zusammenhalt** in den Revieren zentral.
- Wo **soziale Innovationen** entstehen sollen, ist auch die Schaffung von Experimentierräumen und Räumen für kreatives Denken nötig. Wichtig ist es auch, Strukturen und Fördermittel zu schaffen, dass die entwickelten Ideen und Projekte in den Revieren auch umgesetzt werden können.

Institutionelle Verankerung

Einsetzung von Beiräten für regionale Beteiligung (Revirebene)

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag schlägt die Einrichtung eines Fachbeirates auf **Revirebene** vor, um die regionalen Steuerungs- und Umsetzungsgremien im Hinblick auf das je regional ausgestaltete Förderprogramm „Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und soziales Unternehmertum“ zu beraten und zu unterstützen.

Die Beratung erfolgt im Hinblick auf folgende Aspekte:

- Strategieentwicklung
- Festlegung von Budgets und Förderschwerpunkten
- Mittelvergabe
- Monitoring

Der Beirat legt einmal im Jahr einen Bericht dazu vor, der auch veröffentlicht wird.

Zusammensetzung

Der Fachbeirat besteht aus mindestens 8 Persönlichkeiten und muss eine ausgewogene Vertretung aller relevanten regionalen Akteure sicherstellen (Bürgerinitiativen, Vereine, Umweltverbände, Kirche, lokale Initiativen, gemeinwohlorientierte Unternehmen aus der Region, etc.). Darüber hinaus ist die Einbindung der nötigen Fachexpertise aus der Forschung und Praxis sicherzustellen.